

# Vom «Kolonialvertrag» zum Königsweg?

Am 6. Dezember 1992 stimmte die Bevölkerung mit 50,3 Prozent gegen einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). 25 Jahre danach streiten SVP-Chefstrategie Christoph Blocher und der ehemalige Staatssekretär und IKRK-Präsident Jakob Kellenberger über Gründe und Folgen des Entscheids sowie über das Verhältnis der Schweiz zur EU.



Wiedertreffen zweier zentraler Akteure der Schweizer Europapolitik: Christoph Blocher und Jakob Kellenberger.

Das EWR-Nein vor 25 Jahren war für Politik und Wirtschaft ein Schock. Von einem «schwarzen Sonntag» sprach Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, die Wirtschaft befürchtete massive Nachteile beim Marktzugang. Waren die Reaktionen aus heutiger Sicht nicht ziemlich übertrieben?

**Christoph Blocher:** Der Bundesrat hatte eine wirtschaftliche Katastrophe prophezeit, wenn die Schweiz dem EWR nicht beitrete. Ich erinnere mich noch genau, wie Staatssekretär Franz Blankart vor dem Gewerbeverband warnend sagte, dass wir bei einem Nein in fünf Jahren völlig verarmt bei der EU um eine Aufnahme betteln müssten. Eine Fehlprognose par excellence! Und Herr Delamuraz bedauerte am Abstimmungsabend die Schweizer Jugend, die bald unter hoher Arbeitslosigkeit leiden werde, während in der EU Vollbeschäftigung herrsche. Ein Vierteljahrhundert später lässt sich Bilanz ziehen. Es ist genau umgekehrt!

**Jakob Kellenberger:** Die Untergangspropheten von damals haben sich in keiner Weise bewahrheitet. Die Schweiz geriet zwar nach der Abstimmung in verschiedenen Bereichen ins Hintertreffen. Dank den bilateralen Verträgen konnten wir das aber wieder wettmachen. Herr Blocher war übrigens auch nicht gerade zimperlich in den Voraussagen für den Fall, dass wir dem EWR beitreten...

**Blocher:** Aber meine Prognosen haben sich wenigstens erfüllt (lacht).

Wie beurteilen Sie den EWR-Vertrag, über den damals abgestimmt wurde?

**Kellenberger:** Ich habe grosse Probleme, wenn heute Nostalgie aufkommt. Die Politiker, die wieder davon schwärmen, wissen meist nicht, was ein Ja bedeutet hätte. Von seinem wirtschaftlichen Ge-

halt wäre der EWR eine gute Plattform gewesen, aber die politisch-institutionellen Bedingungen waren viel zu weit entfernt von unserem ursprünglichen Verhandlungsmandat. Ich habe nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass der EWR für mich nur eine Übergangslösung auf dem Weg zum EU-Beitritt hätte sein können.

**Blocher:** Herr Kellenberger war einer der wenigen, die immer klar dazu gestanden sind, dass der Beitritt zum EWR die schlechtere Variante sei als der Beitritt zur EU. Das war auch meine Meinung. Ein Kolonialvertrag ist schlimmer als eine Fusion! Das hat auch der Bundesrat gesehen. Wenn wir beim EWR ein Veto-recht gegenüber fremden Gesetzen gehabt hätten, wäre ich dafür gewesen. Doch das war am Schluss nicht mehr Teil des Abkommens.

Das sind ganz neue Töne, Herr Blocher: Sie bekämpften den EWR ja vor allem mit dem Argument des drohenden EU-Beitritts.

**Blocher:** Die Schweiz muss sowohl einen Kolonialvertrag als auch einen EU-Beitritt ablehnen. Schliesslich stand in der bundesrätlichen Botschaft unmissverständlich: Der Beitritt zum EWR könne nicht mehr als dauerhafte Lösung angesehen werden, sondern nur noch als Teil einer Strategie, die den EU-Beitritt zum Ziel habe. Die Politik und die Medien haben das in dieser Klarheit gerne unterschlagen.

Ihr Parteikollege Adolf Ogi sprach politisch ungeschickt vom EWR als einem «Trainingslager»...

**Blocher:** Er popularisierte damit nur, was der Gesamtbundesrat im Beamtenjargon in der Botschaft geschrieben hatte. Das Einreichen des EU-Beitritts-

Gesuchs im Mai 1992 war die logische Konsequenz.

Laut dem EWR-Chefunterhändler Franz Blankart war es nicht Christoph Blochers Einsatz im Abstimmungskampf, sondern das übereilt eingereichte Beitritts-gesuch des Bundesrats, was dem EWR den Todesstoss versetzte. Wie sehen Sie das, Herr Kellenberger?

**Kellenberger:** Das ist reine Spekulation. Ich kann nur nochmals betonen: Wir starteten mit einem Verhandlungsmandat, das eine Mitsprache bei der Verabschiedung von EWR-Recht vorsah. Wir bekamen stattdessen ein informelles Konsultationsrecht. Wir hätten als Schweiz nicht einmal unsere eigenen Interessen vertreten können, weil die EU bestimmt hat, dass die EFTA-Staaten mit einer Stimme sprechen mussten. Das war für mich und viele andere völlig inakzeptabel. Davon spricht heute niemand mehr.

Wir hätten nicht das bekommen, was wir haben wollten. Weshalb haben Sie die Verhandlungen nicht einfach abgebrochen?

**Kellenberger:** Es gab durchaus Stimmen, die das forderten. Doch ein Abbruch von solchen multilateralen Verhandlungen ist schwerwiegend.

**Blocher:** Das ist genau das Gefährliche an internationalen Verhandlungen! Wer sich früh hinauslehnt, kann danach fast nicht mehr abbrechen, weil sonst der Verhandlungspartner düpiert wird. Das ist in der Wirtschaft nicht anders.

**Kellenberger:** Im Fall des EWR haben Staaten wie Schweden, Finnland und Österreich später die Konsequenzen aus der unbefriedigenden institutionellen Lösung gezogen und sind der EU beigetreten. Die Schweiz musste eine eigene Lösung finden.

Also erklärten die Bundesräte Delamuraz und Felber nach einem Verhandlungsmarathon in Luxemburg und einigen Flaschen Wein mitten in der Nacht, der EU-Beitritt sei «per sofort» das «strategische Ziel» der Schweiz?

**Kellenberger:** Ich war bei diesen Verhandlungen vom Oktober 1991 in Luxemburg dabei. Die Bundesräte wollten nicht einfach ein Wirtschaftsabkommen, sondern wirkungsvolle Mitentscheidungsrechte und ein zukunftsfähiges politisch-institutionelles Abkommen für die Schweiz. Von daher war es folgerichtig, mittelfristig den EU-Beitritt anzustreben.

**Blocher:** Beides wäre schädlich für die Schweiz gewesen! Beim EU-Beitritt hätten wir alles EU-Recht übernehmen müssen, dafür hätten wir ein bisschen mitsprechen können.

**Kellenberger:** Sie sollten das nicht immer kleinreden! Wir hätten in der EU voll mitentscheiden können. Aus heutiger Sicht ist aber klar: Im Vergleich zum EWR sind die Bilateralen die viel bessere Lösung gewesen.

**Blocher:** Im EWR-Abstimmungskampf haben alle Bundesräte ausser dem knorrigen Sozialdemokraten Stich behauptet, bilaterale Verträge seien völlig ausgeschlossen. Auch dort vergaloppierte sich die Classe politique!

**Kellenberger:** Ich habe nie behauptet, bilaterale Verträge seien nicht möglich. Das war politische Rhetorik und hatte wenig mit Diplomatie zu tun. Ich kann Ihnen aber versichern, dass es nach dem EWR-Nein ziemlich lange dauerte, bis die EU mit uns an den Tisch gesessen ist. Und zwar nur, weil wir das unbedingt wollten. Die ersten Gesuche hatten wir schon 1993 eingereicht, erst zwei Jahre später begannen die Verhandlungen. **Blocher:** Aber die Schweiz wollte weder die verhängnisvolle Personenfreizügigkeit noch die Guillotineklause!

«Mir ist der Frieden wichtiger als eine misslungene technische Verordnung über Bananen.»

Jakob Kellenberger